

Regierungschef Daniel Risch: «Es wäre falsch, nun alles wieder anders zu machen»

Interview Für den neuen Regierungschef Daniel Risch, der nun dem Ministerium für Präsidiales und Finanzen vorsteht, war der Ausgang der Landtagswahlen ein starkes Zeichen für die Grosse Koalition. Deshalb möchte er am früheren Kurs festhalten, diesen für die nächsten vier Jahre aber noch weiter verfeinern.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Herr Risch, wie sind Sie als neuer Regierungschef in die Legislatur gestartet?

Daniel Risch: Danke, gut. Die Landtagseröffnung mit der anschliessenden Wahl und Vereidigung der Regierung war natürlich ein schöner und würdevoller Tag. Da mir ja nicht ganz unbekannt ist, was in der Regierung zu tun ist, war der Übergang in die neue Rolle ziemlich sanft. Gemeinsam sind wir gut gestartet.

Wie war die Stimmung bei den ersten beiden Regierungssitzungen? Sehr gut. Die Sitzungen waren wie zu erwarten sehr konstruktiv. Dabei ging es neben Sachgeschäften auch um organisatorische Inhalte und Abläufe.

Die vorletzte Legislatur war der Sanierung des Staatshaushalts gewidmet, die letzte sollte eine «Phase des Gestaltens» sein. Gibt es für die nächsten vier Jahre auch schon eine Art Leitspruch oder Vorsatz?

Ich denke, es ist heute noch schwierig zu sagen, wie sich die Legislatur entwickeln wird. Zuerst steht auf jeden Fall die Bewältigung der Coronapandemie an - ein grosses Thema für die gesamte Regierung. Des Weiteren sind uns die kommenden Herausforderungen und Inhalte grösstenteils auch schon bekannt. Wie ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, sind die Grossparteien inhaltlich nicht weit voneinander entfernt. Wir wissen also, was zu tun ist.

FBP und VU haben bei den Landtagswahlen je 10 Sitze erringen können. Wie bewerten Sie das Resultat?

Es ist ein klares und starkes Zeichen für die Grosse Koalition. Das zeigt, dass die Bevölkerung nicht nur Stabilität wünscht, sondern auch grossmehreheitlich hinter der Politik steht, die VU und FBP in den letzten vier Jahren gemacht haben - oder besser gesagt, in den letzten hundert Jahren der Koalitionsregierungen mit einigen wenigen Ausnahmen. Daher ist es mir auch wichtig, das Gemeinsame und Verbindende ins Zentrum zu stellen.

Die Opposition ging indes mit fünf Mandaten geschwächt aus den Wahlen. Daran dürfte die positive Entwicklung des Landes also nicht scheitern...

Ich hatte in der Vergangenheit nicht das Gefühl, dass sich die Opposition nur als «Verhinderer» verstand und damit die positive Entwicklung des Landes behindern wollte. Auch hängt das angesprochene Miteinander nicht unbedingt von der Opposition ab. Willkommen ist sie trotzdem. Konzentrieren wir uns also auf die Arbeit und schauen, dass wir das Land gemeinsam entwickeln können. Die Coronapandemie kann hierzu den Startschuss geben.

Dann hat die Bewältigung der Pandemie derzeit Vorrang vor allen anderen Dossiers?

Vorrang ist das falsche Wort. Sie hat wie gesagt grosse Priorität und nimmt viel Raum in der Regierung in Anspruch, auch weil alle Ministerien mit der Corona-Thematik befasst sind. Aber wir versuchen, die anderen Themen ebenfalls voranzutreiben. Ich bin auf jeden Fall zuversichtlich. So fanden schon im letzten Jahr trotz Pandemie zahlreiche Dossiers Eingang in den Landtag - mit der Energiestrategie 2030, dem Mobilitätskonzept 2030 oder der Totalrevision des Gewerbegesetzes auch grössere Vorlagen aus meinem früheren Ministerium. Die nächste Sitzung des Parlaments zeigt mit über

50 Traktanden auch, dass es weitergeht - lediglich einige wenige Sondertraktanden sind hierbei der Coronapandemie geschuldet.

Sind Sie eigentlich schon geimpft - sozusagen als Vorbild der Nation? Nein, ich bin angemeldet und warte wie alle anderen auf meinen Termin.

Zwischenzeitlich haben Sie sich als Regierungschef sicherlich schon damit beschäftigt, was die Pandemie am Ende kostet: Geben Sie uns einen Einblick, wie sich der Staatshaushalt entwickeln wird?

Man muss auf jeden Fall davon ausgehen, dass die Steuereinnahmen mittelfristig - also in den nächsten Jahren - einen Taucher machen werden, wie auch in anderen Ländern. Wir dürfen aber insgesamt vergleichsweise gut durch die Krise kommen. Dank des haushälterischen Umgangs mit den Staatsfinanzen und unseren Reserven können wir die bereits bekannten, direkten Kosten - wie etwa die vom Landtag beschlossenen Hilfspakete für die Wirtschaft - sehr gut verkraften. Das ist im internationalen Vergleich ein grosser Vorteil.

Dann müssen wir uns in den kommenden Jahren nicht unbedingt auf neue Sparpakete oder gar Steuererhöhungen einstellen, wie es sich in anderen Ländern abzeichnet? Ich gehe nicht davon aus, dass es alleine aufgrund der Coronapandemie entsprechende finanzpolitische Massnahmen braucht.

Wie soll die Steuerpolitik des Landes unter Ihrer Führung in den nächsten vier Jahren ausschauen? Ich sehe im Moment keinen Anlass, grundsätzlich etwas am derzeitigen Kurs zu ändern. Das heisst aber nicht, dass wir internationale

Entwicklungen nicht genau beobachten - etwa die internationalen Bestrebungen in Sachen Steuer-

harmonisierungen, die uns selbstverständlich vor grössere Aufgaben stellen.

Von wegen Harmonie: In der Bevölkerung wächst der Unmut darüber, dass Casinos «wie Pilze aus dem Boden schiessen». Orten Sie hier Handlungsbedarf von Seiten des Staates, um etwa Reputationsschäden einzudämmen?

Kurz gesagt ist die Regierung hier der falsche Ansprechpartner. Als Exekutive hat die Regierung die Gesetze zu vollziehen, das heisst die Vorgaben im Geldspielgesetz umzusetzen und auch für eine strikte Aufsicht und Kontrolle der in Liechtenstein erlaubten, terrestrischen Spielbanken, zu sorgen. Entsprechend wird sehr genau überwacht, dass sich Casinos nicht gesetzeswidrig verhalten, um etwaige Reputationsschäden zu verhindern. Mit dem Geldspielgesetz hat sich eine grosse Mehrheit des Landtags dazu entschieden, dass es nicht nur «ein» Casino geben soll, sondern dass im sogenannten Polizeibewilligungssystem jeder, der die hohen Anforderungen zur Eröffnung einer Spielbank erfüllt, auch eine solche betreiben darf. Kurz: der Markt und nicht der Staat soll das Angebot regeln.

Dann halten Sie derzeit ein Eingreifen nicht für sinnvoll?

Ein Eingriff müsste zumindest auf Gesetzesebene erfolgen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass wir ein Rechtsstaat sind und Gesetze nicht einzelfallbezogen geändert werden sollen. Das wäre rechtsstaatlich höchst bedenklich und hätte überdies einen viel höheren Reputationsschaden zur Folge. Ich persönlich gehe davon aus, dass am Ende nicht mehr als eine Handvoll Spielbanken am Markt bestehen können - auch wenn die Zahl aktuell etwas höher zu liegen kommt. Wichtig erscheint mir auch zu erwähnen, dass Spielbanken in weiten Teilen der Welt erlaubt sind und Liechtenstein bezüglich Rechtsrahmen und Aufsicht weitaus restriktiver ist als andere Staaten.

Die Einnahmen für das Land durch die Casinos - 2020 betrug die Geldspielabgabe knapp 28 Millionen Franken - sind aber auch ein schönes Sümmchen...

Natürlich generieren die Casinos Einnahmen für den Staat. Als das Gesetz lanciert wurde, war Liechtenstein inmitten der Sparphase. Neben der Eingrenzung der Ausgaben ging es damals auch darum, Mehreinnahmen für das Land zu erzielen. Das wurde mit dem Geldspielgesetz auch umgesetzt. Dass es nun so hohe Einnahmen sind, damit hat wohl niemand gerechnet - damals sprach man noch von zwei oder höchstens drei Millionen Franken.

Geld, das willkommen sein dürfte: Zuletzt wurde der Staatsapparat mit 40 Stellen ja nochmals kräftig ausgebaut. War die jüngste Personalaufstockung bei der Landesverwaltung wirklich im Sinne der Effizienz?

Wir sollten die Verwaltung nicht auf die Anzahl Stellen reduzieren. Schon in der letzten Regierung und auch heute ist klar: Jede Stelle, die wir beim Landtag beantragen, überlegen wir uns sehr gut, ist entsprechend begründet und wird auch kontrovers in der Regierung diskutiert. Es wird dem Landtag nicht leichtfertig eine Erhöhung um 40 Stellen vorgeschlagen, wenn eine solche nicht als zwingend nötig erachtet wird. Es ist einfach: Mehr vom Landtag beschlossene Aufgaben - wie etwa die Umsetzung der Hochbauten oder ein Vorwärtskommen im Verkehrsbereich - benötigen mehr Leute.

Das heisst überhaupt nicht, dass der Staat deshalb nicht effizient ist - im Gegenteil: verglichen mit anderen Staaten verfügen wir über eine sehr schlanke und gleichzeitig leistungsfähige Verwaltung.

Ist schon absehbar, wie sich die Stellenanzahl in der Verwaltung in den nächsten Jahren entwickeln wird - gehts weiter aufwärts?

Ich glaube nicht, dass die Zahl in den nächsten Jahren massiv wachsen wird. Umgekehrt wäre ein Einstellungsstopp aber auch nicht realistisch. Das neue Stellen, die es auch braucht, geschaffen werden, ist auch aus einem anderen Grund nicht so

«Der Staat ist und bleibt ein wichtiger Arbeitgeber.»

schlecht: Der Staat ist und bleibt ein wichtiger Arbeitgeber, auch wenn dies nicht jeder gerne hört.

Etwa solche, die behaupten, dass (zu) viele Ausländer beim Land arbeiten... Was gar nicht stimmt: Über 70 Prozent der Verwaltungsmitarbeiter sind Liechtensteiner und über 80 Prozent leben im Land. Wir haben diesbezüglich eine sehr hohe Quote, auf die man auch stolz sein kann.

Zu einem anderen Thema: Die Grosse Koalition hat sich die Neuregelung der Zuständigkeiten und Finanzierung von öffentlichen Aufgaben auf die Fahne geschrieben. Das heisst doch nichts anderes, als die reichen Gemeinden wie Vaduz oder Schaan zu schröpfen, nicht wahr? Das ist nicht das übergeordnete Ziel. Es geht hier nicht nur um die Verteilung von Geld, sondern allem voran um die Zuständigkeit und Aufteilung von Aufgaben und deren Finanzierung: Also sich zuerst zu fragen, wer überhaupt für was zuständig ist und dann die Finanzierungsfrage zu stellen. Ich denke, das ist durchaus auch im Interesse der Gemeinden, wie mir Gespräche mit Vorstehern bestätigt haben. Und ich bin überzeugt,

dass unsere elf Gemeinden und das Land das gleiche Ziel haben: wenn es allen Gemeinden gut geht und dem Staat ebenfalls, dann geht es auch den Menschen in Liechtenstein gut. Eine einfache Aufgabe wird es aber dennoch nicht.

«Unternehmertum war schon immer in der DNA Liechtensteins.»

Wie wichtig ist Ihnen die Entflechtung von Kirche und Staat, bei der ja seit längerem Stillstand herrscht? Für mich hat dieses Thema nicht die allerobere Priorität, sondern ist eine von vielen Pendenzen. Natürlich gilt es noch genauer anzuschauen, ob der Knoten nicht irgendwie gelöst werden kann. Kurzfristig wird es meines Erachtens wohl aber nicht vorwärts gehen.

Der Finanzplatz obliegt ebenfalls in der Verantwortung des Regierungschefs. Werden Sie den eingeschlagenen Kurs der Internationalisierung weiterverfolgen?

Ja. Es wäre nach der Bestätigung der Grosse Koalition bei den Landtagswahlen falsch, nun alles wieder anders zu machen. Ich habe die Finanzplatzstrategie, als sie in der Regierung behandelt wurde, auch unterstützt. Die Erwartung darf nun aber sein: Wie kann man etwas Gutes noch besser machen? Dies ist keinesfalls eine Kritik an meinem Vorgänger. Genauso gehe ich davon aus, dass sich die Vizeregierungschefin in Sachen Energiestrategie Gedanken macht und ihre Ideen einbringt oder die Infrastrukturministerin noch am Mobilitätskonzept feilt.

Wie möchten Sie bei der Entwicklung des Finanzplatzes vorgehen? Gemeinsam weiterzuarbeiten und mit einer Stimme nach aussen zu kommunizieren. Gerade weil der Finanzplatz aus ganz verschiedenen Akteuren besteht.

«Innovation» lautete das Zauberwort des letzten Regierungschefs, nicht nur für den Finanzplatz. Was bedeutet das Wort für Sie?

Ich sehe Innovation nicht unbedingt als Zauberwort. Unternehmertum war schon immer in der DNA Liechtensteins. Innovation und Unternehmertum sind es zu verdanken, dass sich das Land in den letzten 80 Jahren so gut entwickelt hat. Die Grössten in einer Branche

können wir aufgrund unserer Kleinheit sowieso nicht sein, dafür aber in gewissen Bereichen die Besten. Mit diesem Ziel arbeiten unsere Industrie und unser Finanzplatz. Natürlich mit Unterstützung des Staates. Dieser kann Innovation zwar nicht verschreiben, er kann aber Rahmenbedingungen schaffen.

Wie es etwa mit dem «Blockchain-Gesetz» gemacht wurde?

Das TVTG ist ein Beispiel. Die Fokussierung auf die Token-Ökonomie ist der richtige Ansatz um vorwärtszukommen. Als Wirtschaftsinformatiker finde ich die technischen Möglichkeiten gleich doppelt spannend.

Sehen Sie aufgrund der Causa Aurelia Frick noch Anpassungsbedarf bei den Budgets und Regeln für die Regierungsmitglieder - insbesondere im Konto «Experten, Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit»?

Nein, hier besteht grundsätzlich eine gute Transparenz. So darf auch weiterhin erwartet werden, dass sich die Regierung in ihrer Vorbildfunktion an Gesetze und interne Vorgaben hält. Ich zumindest hatte noch nie ein Problem, der GPK zu erklären, für was ich Mittel aus diesem Konto gebraucht habe.

Regierungschef Daniel Risch beim Interview. (Foto: Michael Zanghellini)

